

Neue Westfälische Volks-Zeitung Bielefeld

Dienstag, 13. November 1906.

30. Jahrgang

Anzeigengebühr
für die einseitige Be-
setzung oder deren Raum
15 Pf., für auswärts
15 Pf., Reklamen 40 Pf.
Ersteinst
jedemal wöchentlich
Belegstellen
Nr. 43.
Zustellereinst.
Nr. 15.

Geschichtlicher Kalender.

13. November: Philipp, Landgraf von Hessen, geb. 1604. — Moritz von Nassau, Prinz von Oranien, geb. 1607. — Elias Tegner, schwedischer Dichter, geb. 1782. — Ludwig Uhland, Dichter, geb. 1802. — General von Söben, geb. 1880. — Gottfried Kinkel, Dichter, geb. 1882. — W. Brehm, Zoologe, geb. 1884.

Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen.

Heute Dienstag, nachmittags um 2 Uhr, wird der Reichstag seine am 28. Mai abgebrochenen Verhandlungen wieder aufnehmen. Interessant dürfte sich diese erste Sitzung kaum gestalten, die Tagesordnung weist nur Petitionsberichte — allerdings über vierzig an der Zahl — auf. Wie vor der Vertagung von dem Präsidenten, Grafen von Ballestrem erklärt worden war, soll die Tätigkeit des Reichstages vor allem darauf gerichtet sein, die Restbestände des letzten Sessionsabschlusses aufzuarbeiten. Diese Bestände sind, abgesehen von den Unmengen der Resolutionen und Initiativanträge, noch immer zahlreich. Sie setzen sich aus folgenden Vorlagen zusammen: Versicherungs-Vertrag, Urheberrecht, Maß- und Gewichtsordnung, Gütersteuergesetz, Beschäftigungsgesetz im Baugewerbe. Sollte dieser Stoff tatsächlich in Angriff genommen werden, bevor an neue Aufgaben herangetreten wird, so dürfte doch die Erledigung der über hundert Initiativanträge und Resolutionen kommen, so würde vor Weihnachten nichts weiter vorgenommen werden können.

Es wird aber wohl in der Absicht des Reichstages, sich in erster Linie mit „allen Kamellen“ zu beschäftigen, Zweifel zu setzen sein. Der Sinnenkonvent, der heute einen Arbeitssplan aufstellen wird, dürfte doch Wert darauf legen, auch neue Gegenstände zur Verhandlung zu bringen. Andernfalls ist zu erwarten, daß das Haus trotz der „Entschuldigungsgelehrten“, die den ständigen Abgeordneten winken, leer bleiben wird. Außerdem haben verschiedene Parteien besondere Schmärgen, die sie so rasch wie möglich los werden möchten. Die Sozialdemokraten wollen ja auch mit ihrer Forderung: Interpellation den Anfang machen. Da sie dem Befehle des Reichstages internationalen Exekutivkomitees Folge leisten und auch die brodernde Russen-Interpellation einbringen werden, wird sich bald zeigen müssen. Jedenfalls aber wird es gleich am Anfang der Tagung an Interpellationen nicht fehlen.

Dem Zentrum liegt eine beschleunigte Kolonialdebatte am Herzen. Da der Abgeordnete Engelberger dabei wieder die maßgebende Persönlichkeit spielen und die ganze Parteiführerschaft in den Schatten stellen wird? Darauf kann man einigermaßen gespannt sein. Was die National Liberalen anlangt, so scheinen sie von großem Interesse über besser Oppositionsdrang erfüllt zu sein. Sie werden also wohl ebenfalls Gelegenheit suchen, möglichst bald ihrer unruhigen Jugend zu zeigen, daß sie imstande sind — wie diese wirklich verlangt hat — zum Fenster hinaus oppositionelle Reden zu halten, um auf diese Weise die verloren gegangene Fühlung mit der liberalen Wählerschaft wieder herzustellen.

Um die nötigen Grundlagen für diese Aktion zu haben, wird die erste Lesung des Reichshaushaltsetats möglichst bald abgehalten werden müssen. Diesmal ausnahmsweise wird dessen Vorlage nicht sofort nach dem Wiederbeginn der Tagung erfolgen; aber lange wird sie nicht auf sich warten lassen. Ueber die Einbringung anderer Gesetzentwürfe ist bereits mangelnd mitgeteilt worden; doch wird man solchen Nachrichten gegenüber vorsichtig sein müssen. Im vorigen Jahre hat die Regierung den allseitigen Wunsch, das ganze Arbeitsmaterial bald

nach Zusammentritt des Parlaments übersehen zu können, um danach den Arbeitsplan für die Tagung festzustellen, mit großem Entgegenkommen erfüllt und fast alle Vorlagen rechtzeitig eingebracht. Das war aber dem Reichstage wieder nicht recht. Es wurde über den „wahren Platzregen von Arbeitsstoff“ geklagt, der das Studium der einzelnen Gegenstände erschwere. Auf die Gestaltung des Arbeitsplans und — auf die Arbeitslust der Abgeordneten hat dies Entgegenkommen der Regierung also keinerlei Einfluß gehabt. Es bleibt eben beim alten. Ob ein „Platzregen“ sich über den Reichstag ergießt, oder ob die Vorlagen, wie früher bemängelt wurde, tropfenweise herniederkommen, fertig mit dem Schiff wird der Reichstag nicht.

Man wird also annehmen können, daß die Regierung diesmal wieder zu ihrem alten System der allmählichen Vorlage ihrer Entwürfe zurückkehren werde; doch wird man immerhin erwarten müssen, daß gegen das Ende der Session nur höchst dringende Vorlagen gemacht werden. Bis jetzt werden von neuen Vorlagen, die dem Reichstage teils vor, teils nach Weihnachten zugehen sollen, folgende genannt: Deutsches spanischer Handelsvertrag, Entwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Novelle zum Krankenversicherungsgesetz (Erweiterung der Krankerversicherungspflicht), Entwurf über die rechtliche Regelung des Apothekenwesens, Entwurf über Änderung der Maßraumsteuer, Gewerbeordnungsnovelle, Novelle über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, Viehsteuergesetz, Entwurf über die Regelung des Geheimmittelwesens, Entwurf über die Erleichterung des Wechselprozesses, Novelle zum Hypothekengesetz (Regelung der Pfandverhältnisse für verabschiedete Beamte), Unfallversicherungsgesetz für Polizei Beamte.

Das ist, wie man zugeben wird, ein recht reichliches Arbeitspensum, das zusammen mit den vorliegenden Resten und den niemals fehlenden neuen „Anregungen“ aus dem Hause kaum Aussicht hat, vollständig erledigt zu werden, da ja die Staatsberatungen ungefähr zwei Drittel der Tagung all in Anspruch zu nehmen pflegen. Gelänge es nach dem Vorschlage des Reichstagspräsidenten, eine Kontingentierung der Beratungen zu erreichen, ähnlich wie im Preussischen Abgeordnetenhaus, herbeizuführen, dann würde es allerdings nicht schwer sein, endlich einmal einen Sessionsabschluß zu erzielen, der keine, oder wenigstens keine wesentlichen Restbestände hinterläßt. Aber man wird daran zweifeln dürfen, ob sich die Reichstagslinie zu der Notwendigkeit eines solchen Vorgehens aufschwingen werde.

Von manchen Seiten wird ja allerdings große Hoffnung auf die Wirkung der Entschuldigungsgelehrten gesetzt. Wir würden uns freuen, wenn sich diese Hoffnung verwirklichen würde. Aber vor der Hand sind wir in dieser Hinsicht sehr skeptisch. Auch wenn der nationalliberale Plan durchgehen sollte, nur an vier Tagen in der Woche Sitzungen abzuhalten und so den Abgeordneten Gelegenheit zum permanenten Hin- und Herfahren zwischen Primarsort und Reichshauptstadt zu geben, würde kaum ein stets wohlgefügtes oder auch nur beschlußfähiges Haus zusammen kommen. Doch warten wir ab, wie sich die Sache entwickeln und was der Reichstag in seiner neuen Tagung uns bescheren wird.

Wert der Volksstimme.

Nachdem sich in der nationalliberalen Presse starke Reizung zum Frontieren gezeigt hat, kann es natürlich auch die Zentrumspresse nicht unterlassen, die Bühne zu zeigen. Auch sie legt wie jene das Schergewicht auf das agitatorische Moment. Die „Köln. Volksztg.“ erklärt,

das Zentrum werde eine „vollständige Politik“ weiter betreiben, und die „Germania“ schreibt, „das Volk fordert volle Klarheit und fordert Befreiung der Schulden in der Kolonialverwaltung.“

Diese Wendungen: „vollständige Politik“ und „das Volk fordert...“ geben der „Kreuzzeitung“ Anlaß, der Zentrumspresse ein Kollegium Privatissimum zu lesen. Sollte wirklich schreibt das leitende konservative Organ treffend, die Volksstimme für die Regierung eines Staates maßgebend sein, dann wäre diesem Staate! Es gibt nichts Unheimliches, nichts Schreckendes, als die Stimmung im Volke. Wie diese Stimmung beschaffen ist, das hängt in gar vielen Fällen davon ab, wie man das Volk bearbeitet. Die Volksstimme ist also häufig genug das Werk unverantwortlicher Demagogen. Wie war die Volksstimmung beispielsweise — Dank der Fortschrittspartei — in der Konfliktzeit. Hätte man damals die „Ansprüche des Volkes“ anerkannt wo wären wir dann heute mit unserer Reichsherrschaft? Aber ein anderes Beispiel von dem schwankenden Charakter der Volksstimme liegt noch näher. Das war bei dem bekannten Prozeß gegen die Sozialdemokraten Elise v. Heuser. Vor drei Jahren, als gegen diese Dame auf Grund des Zeugnisses der Minna Wagner Anklage erhoben wurde, forderte das Volk Befreiung der Schuldigen. Die Volksstimme hatte die Angeklagte ohne weiteres verurteilt. Schon der Anstand, daß die Angeklagte als fromm und streng bezeichnet wurde und daß sie ablig ist, kam bei dem „Volk“, das ja in solch im Sinne fortgesetzt durch die Demokratie bearbeitet wird, als schwerer Verdachtsmoment in Betracht. Dagegen war die Tatsache, daß die Wagner ein Dienstmädchen, ein „Kind aus dem Volk“ war, geeignet, dieser Person die lebhaftesten Sympathien weiter Reize zu verleihen — ebenfalls wieder eine Frucht demagogischer Agitationen. Also unter vollem Beifall der „öffentlichen Meinung“ wurde die Sozialdemokratin zu schwerer Freiheitsstrafe verurteilt. Und drei Jahre später? Da erfolgte die Entlassung des Mädchens aus dem Volke. Da wurde klar, daß das Fräulein v. Heuser zu unrecht verurteilt worden war, und „das Volk forderte“ — diesmal mit Recht — die Freisprechung und kassierte dem neuen Richterpruch ebenso lebhaftest Beifall, wie es vor drei Jahren Beifall geklappt hatte. Das ist diejenige „Volksstimme“, nach der die Zentrumspartei und die National Liberalen ihre Politik richten wollen — der blinde Sturz, vor dem schon Bismarck so eindringlich gewarnt hatte. Was einen so wandelbaren Faktor kann unseres Erachtens keine zielbewusste Partei, noch weniger aber die Regierung eines Staates seinen ihre Politik begründen. Das Volk kann nicht leiten, sondern muß geleitet werden, und wo es misleitet, wo es in die Hände unverantwortlicher Demagogen geraten ist, da haben die großen Parteien die Aufgabe, Wandel zu schaffen. Da dürfen sie nicht sich der allgemeinen Stimmung willenstandslos überlassen, sondern da müssen sie sich dadurch zu bewähren suchen, daß sie auch einmal gegen den Strom schwimmen, ohne davor zu zittern, daß sie „unpopulär“ werden und einige Parlamentsmandate verlieren könnten. Nicht, wie die „Köln. Volksztg.“ meint, vollstündliche, sondern nationale, gemeinnützige Politik zu treiben, ist die Aufgabe der großen, weitblickenden Parteien.

Das ist ganz trefflich gesagt; aber wird es nützen? Bei allen Parteien, mit alleiniger Ausnahme einer einzigen, ist schließlich doch die Agitation das ausschlaggebende Moment. Und die einzige Partei, die hier eine Ausnahme bildet, ist die konservative, die freikonservative vielleicht mit ein-

gerechnet. Darum hat auch sie allein eine Aussicht auf unerschöpfbare Dauer und dies trotz ihrer recht oft nur zu mangelhaften Agitation. Wenn ihre Grundzüge nicht so überaus wahr und trefflich wären und ihre sich auf diese Grundzüge gründende Politik zugleich weitläufig, dann wäre sie längst untergegangen.

Politische Nachrichten.

Aus dem Deutschen Reich.

Berlin, 12. November.

Der Kaiser und die Kaiserin trafen heute vormittag mit dem Staatssekretär v. Tschirschky auf dem Bahnhofe vom Prinzregenten empfangen, in München ein und nahmen an der Feier der Grundsteinlegung zu einem deutschen Museum teil. Bei der Fahrt vom Bahnhofe zur Residenz wurden ihnen und dem Prinzregenten vom Publikum stürmische Oubligungen dargebracht.

Zum Herrenmeister des Johanniterordens ist der Sohn des verstorbenen Prinzen Albrecht von Preußen, Prinz Friedrich Heinrich, gewählt worden.

Mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte des Landwirtschaftsministers ist nach dem Tode des Ministers des Innern, v. Bethmann-Hollweg, beauftragt worden.

Der Gouverneur von Südwesafrika, Sir v. Lindequist, ist in Berlin eingetroffen. Er ist bekanntlich, dem Wunsche der Anwesenden entsprechend, hierher berufen worden, um die Interessen der Kolonie im Reichstage zu vertreten.

Mit dem Postdampfer „Prinzessin“ sind gestern 12 Offiziere und 300 Unteroffiziere und Mannschaften aus Südwesafrika in Hamburg eingetroffen.

Die Ansiedelungskommission hielt in Posen Sitzungen ab; an ihnen nahm auch der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern v. Bischoffshausen teil. In den Ansiedlungsprovinzen Polen und Westpreußen liegen gegenwärtig 1300 Ansiedlerfamilien verschiedener Flächengrößen aus. Da nun kommen demnächst weitere 600 Familien, so daß dann 1900 Ansiedlerfamilien mit 120 000 Mor en zur Ansiedelung ausliegen werden. Der Anordnung Ansiedlungslustiger ist in diesem Jahre größer als im vergangenen.

Für die Generalversammlung des Evangelischen Bundes im Jahre 1907 ist die Worms als Ort bestimmt worden.

Posen, 12. Nov. Die Polen der ganzen Provinz haben beschlossen, eine Petition an den Kaiser in Sachen des Religionsunterrichts zu richten. Die Petition, für die viele Geistliche agitierten, ist verteilt in vielen Tausenden von Exemplaren. Nach Mitteilungen von Mitgliedern des Domkapitels an polnische Redakteure bereitet Bischof Stabilewski eine neue und einschneidende oberhirtliche Kundgebung in Sachen des Schulrechts vor. (Hann. Cour.)

Stuttgart 12. Nov. Der Fürst und die Fürstin von Lippe-Deimold sind heute nachmittag zum Besuche des Königs und der Königin hier eingetroffen und am Bahnhof von dem König und der Königin sowie den Mitgliedern des Königl. Hauses empfangen worden.

Der Aufstand in Südwestafrika.

Verluste: Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Am 1. November d. J. bei Ukaris gefallen: Gefreiter Friedrich Hauert, Reiter Wilhelm Schubert, Reiter Karl Beisert, Reiter Paul Seuermann, Reiter August Schmidtke. Verwundet: Gefreiter Alfred Bedarftig, Reiter Wilhelm Ulrich, Reiter Heinrich Winkler. Der Reiter Albert Eywardt ist in Ukaris an Typhus gestorben. Die bei Ukaris gefallen und verletzten Soldaten

12. 9. 1848. Der Herr
 fess: im Evangel.
 einen ganz hervorragenden
 Der Saal war bis an
 besetzt.
 12. 9. 1848. Der Herr
 nahmen der Pfarrer

(Fortsetzung folgt.)

This image is a vertical grayscale scan of a document page. It is characterized by a prominent vertical dark band on the left side, which appears to be the binding or gutter of a book. The rest of the page is a light gray, showing signs of aging and wear, including small dark specks and a slightly grainy texture. There is no legible text or other graphical elements visible.

